

## NACHRICHTEN

## 10 000 Franken für Huwel-Spielplatz

**KERNS** red. Der Gemeinderat unterstützt die Sanierung des Spielplatzes der Betagtensiedlung Huwel mit einem Beitrag von 10 000 Franken. Der Stiftungsrat hatte die Sanierung beschlossen. Der Spielplatz habe für die Gemeinde einen hohen Stellenwert, schreibt sie in einer Mitteilung. Viele junge Familien nutzten und schätzten dieses öffentliche Angebot, das auch eine Begegnungszone von Jung und Alt sei.

## Kantonalbank geht «Neue Wege»

**NIDWALDEN** red. Die Nidwaldner Kantonalbank veröffentlicht ihren Geschäftsbericht neu in zwei Teilen. Der Jahresbericht mit dem Titel «Neue Wege gehen» enthält unter anderem Angaben zum Geschäftsjahr 2015. Der Finanzbericht umfasst die Offenlegung sowie die Jahresrechnung in Form von Tabellen. Der Bericht ist laut einer Mitteilung ab sofort im Internet unter [www.nkb.ch](http://www.nkb.ch) einsehbar.

## Seefeld Sarnen öffnet Ende April

**SARNEN** pd/red. Am 30. April öffnet das Erlebnisbad Seefeld Sarnen seine Türen für die neue Saison. Die Wellenrutschbahn wurde gesetzeskonform saniert. Das bewährte Team der letzten Jahre führt die Schwimmbadanlage, aber auch die Campinganlage und das Restaurant in der kommenden Saison.

Die Betriebsleiterin der Camping- und Schwimmbadanlage, Franziska Portmann, gibt nach der Saison 2016 die Betriebsleitung ab. Sie suche nach fünf Saisons eine neue Herausforderung, schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung. Sie habe während ihrer Tätigkeit grosse Aufbauarbeit geleistet. Er bedauert ihren Austritt sehr. Die Stelle der Betriebsleitung wurde inzwischen zur Wiederbesetzung öffentlich ausgeschrieben.

## Camping behält fünf Sterne

Die Jahresrechnung 2015 zeige, dass die Campinganlage erstmals schwarze Zahlen schreibt. Die 41 Residenzplätze sind zu 90 Prozent verkauft. Die Campinganlage hat einer Rezertifizierung als Fünf-Stern-Anlage problemlos stand gehalten.

Seit 2012 wird das Restaurant Seefeld durch das Pächter-Ehepaar Barbara und Hansi Burri sehr erfolgreich geführt. Der Umsatz konnte jedes Jahr gesteigert werden. Der Gemeinderat Sarnen freut sich, dass das Seeresaurant weiterhin in den Händen des Ehepaars Burri liegt. Den Pächtern sei es wichtig, dass das Angebot einerseits auf die Camping- und Badegäste, andererseits aber auch auf andere Besucher aus der Region ausgerichtet ist.

## Gemeinderäte behalten Ressorts

**KERNS** red. Der Kernser Gemeinderat hat an der letzten Ratssitzung die Departementsverteilung für die am 1. Juli beginnende Amtsdauer 2016–2020 vorgenommen. Alle Mitglieder behalten ihr Departement.

- **Führung und Präsidium:** Gemeindepäsident André Windlin
- **Finanzen und Controlling:** Monika Ettl-Kellenberger
- **Bildung, Kultur und Sport:** Marco De Col
- **Gesundheit und Soziales:** Gemeindevizepräsidentin Sonnie Burch
- **Wirtschaft und Sicherheit:** Beat von Deschwanden
- **Hochbau und Liegenschaften:** Ruedi Windlin
- **Tiefbau und Umwelt:** Daniel Blättler

## Spitäler treiben «Heirat» voran

**NIDWALDEN** Das Kantonsspital legt erneut einen erfolgreichen Abschluss hin. Dies ändert nichts daran, dass die Fusion mit Luzern immer näher rückt.

OLIVER MATTMANN  
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

Das Kantonsspital Nidwalden reitet weiter auf der Erfolgswelle. Die Geburtenzahl nahm im vergangenen Jahr auf 555 (Vorjahr: 522) zu, und auch beim Gesamttotal an stationären Patienten wurde erneut ein Anstieg auf 5229 (4973) verzeichnet. Die erfreuliche Entwicklung hat nicht zuletzt damit zu tun, dass der gute Ruf, den das Spital in Stans genießt, immer mehr über die Kantonsgrenzen hinaus hallt. So behandelte man 2015 laut einer Medienmitteilung mehr ausserkantonale Patienten. Ein Abbild davon ist eine Zunahme bei den Privatversicherten (+19 Prozent) und Halbprivatversicherten (+6 Prozent).

Gemäss Spitaldirektor Urs Baumberger ist ein ganzer «Blumenstrauß von Gründen» dafür verantwortlich. Dazu gehörten die modernisierte Infrastruktur, die komfortable Parkplatzsituation, die Nähe zur Agglo Luzern und die Freundlichkeit des Personals. «Der Patient wird stets anspruchsvoller. Dementsprechend schulen wir unsere Mitarbeiter. Das trägt Früchte», hält Urs Baumberger fest. Dies widerspiegeln sich auch im Resultat der Patientenbefragung. Die Zufriedenheitsrate lag in Stans bei 89 Prozent, der Durchschnitt von 25 vergleichbaren Spitälern bei 87 Prozent.

## Standort Stans wird gesichert

Ein gewichtiger Vorteil ist auch die Zusammenarbeit mit dem Luzerner Kantonsspital (Spitalregion Lunis). Dies ermöglicht es dem Spital in Stans, auch komplexere Fälle zu übernehmen, da Spezialisten an beiden Partnerspitälern tätig sein können. Seit 2012 sind die beiden Häuser «verlobt», wie die Verantwortlichen selbst zu sagen pflegen. Nun wird der nächste Schritt – eine «Heirat» – konkreter, wie Urs Baumberger auf Anfrage bestätigt. Die Lunis-Projektleitung sei vom Spitalrat und den beiden Regierungen beauftragt worden,



Das Kantonsspital Nidwalden legte 2015 bei den Patientenzahlen neuerlich zu.

Bild Corinne Glanzmann



«Der Patient wird anspruchsvoller. Dementsprechend schulen wir unsere Mitarbeiter.»

URS BAUMBERGER, DIREKTOR  
KANTONSSPITAL NIDWALDEN

verschiedene Varianten einer Fusion auszuarbeiten. Die Verlobung dauere nun seit vier Jahren an, «die Zusammenarbeit stimmt für beide Seiten», so Baumberger. Man habe bei Problemstellungen stets einen Konsens gefunden, «und wir sind uns einig, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen».

Mit einer «Heirat» würden etwa die Anstellungsbedingungen harmonisiert, «was uns Marktvorteile gegenüber der Konkurrenz bringt, weil mehr Möglichkeiten für Aus- und Weiterbildungen bestehen», erklärt der Spitaldirektor. Auch würde die Informatik näher zusammenrücken, und die Behandlungsprozesse von Patienten würden noch stärker aufeinander abgestimmt.

Der aktuelle Zeitplan sieht das «Hochzeitsdatum» für 2018 vor. Zuvor muss die Fusion aber von der Politik und je nach Ausmass auch vom Stimmvolk abgesegnet werden. Laut Baumberger müssten die Nidwaldner nicht um ihr

Spital fürchten. Im Gegenteil: «Immer mehr Spitäler schliessen sich zu Versorgungsregionen zusammen. Diese Tendenz wird sich fortsetzen. Lunis nimmt hier eine Vorreiterrolle ein.» Im Zentrumsspital Luzern werde Platz geschaffen für hochkomplexe Fälle, an den Aussenstandorten wie in Stans würden die anders gelagerten Fälle betreut.

## Nachwuchs selber generieren

Doch zurück zur Gegenwart: Auch dank der Zunahme der Patientenzahlen konnte das Kantonsspital Nidwalden den Betriebsertrag um 5,7 Prozent auf 72,9 Millionen Franken erhöhen. Nach Abschreibungen verblieb ein Jahresgewinn von knapp 2,7 Millionen. Nach wie vor sei man bestrebt, heisst es weiter, einen hohen Anteil an Lehrstellen und Studienplätzen zur Verfügung zu stellen, um den künftigen Personalbedarf zu einem wesentlichen Teil selber abdecken zu können.

## Personalunion zeichnet sich als Favorit ab

**NIDWALDEN** Für die künftige Regelung der Präsidien für Ober- und Verwaltungsgericht stehen mehrere Varianten im Raum. Ausser der SVP sind sich alle Parteien einig.

Heute werden in Nidwalden die Präsidien von Obergericht und Verwaltungsgericht in Personalunion ausgeübt. Die steigende Geschäftslast und vor allem das nicht gelöste Problem der Stellvertretung – etwa bei einem krankheitsbedingtem Ausfall des Präsidenten – führen je länger desto mehr zu einem unhaltbaren Zustand. Diesem soll nun Abhilfe geschaffen werden. Den Handlungsbedarf haben auch sämtliche Parteien erkannt.

Die Frage ist aber, auf welche Art die Problematik aufgefangen werden soll. Die **Justizkommission** schlägt vor, sowohl für Ober- als auch Verwaltungsgericht je einen Präsidenten anzustellen, denen von Amtes wegen das gegenseitige Vizepräsidium obliegen würde. Die andere landrätliche Kommission, die sich mit solchen Fragen beschäftigt – die **Kommission für Staatspolitik, Justiz und Sicherheit (SJS)** –, plädiert hingegen dafür, die Personalunion zu belassen und ein neues berufsmässiges Vizepräsidium ebenfalls für beide Gerichte zu schaffen.

## Fusion ebenfalls Thema gewesen

Zu diesem Schluss kommt die SJS nach einem eingehenden Variantenver-

gleich, bei dem auch eine vollständige Trennung oder umgekehrt eine Fusion beider Gerichte unter die Lupe genommen worden sind. Diese letztgenannten Optionen «schiessen aber über das Ziel hinaus, indem sie nicht primär die Stellvertretungsproblematik lösen, sondern eine von Grund auf neue Gerichtsorganisation stipulieren», so die Kommission. Dies sei aber nicht notwendig, da sich die aktuelle Organisation insgesamt bewährt habe.

Gegenüber dem Vorschlag der Justizkommission sieht die SJS bei ihrem Favoriten den Vorteil, dass es nur einen einzigen Chef gibt. Die Strukturen seien daher klarer. Bei zwei gleichberechtigten Präsidien stünde im Raum, wer zum Beispiel für Gerichtsschreiber in personalrechtlichen Angelegenheiten als vorgesetzt gelten würde.

## Mehrkosten sind verkraftbar

Unterstützung erhält die SJS von der **CVP**. «Durch die Schaffung eines professionellen Vizepräsidiums für beide Gerichte bestehen nach wie vor klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und Hierarchien», schreibt die Partei in ihrer Stellungnahme. Der Vorschlag der Kommission könne zudem mit vernünftigen Zusatzkosten realisiert werden. Im Variantenvergleich ist von Mehrkosten von schätzungsweise 76 000 Franken pro Jahr die Rede. Die **Junge CVP** ist gleicher Meinung wie ihre Mutterpartei. «Diese Variante beseitigt die Unzulänglichkeiten des Status quo, ohne das System grundlegend auf den Kopf zu stellen. Dennoch verbaut man sich nichts, falls in Zukunft eine weiterreichende Reform ins Auge gefasst werden soll.»

Auch die **FDP** und die **Grünen** stellen sich hinter das Ansinnen der SJS. Die Lösung mit einem professionellen Vizepräsidium in Personalunion sei «pragmatisch und kann ohne grossen Mehraufwand umgesetzt werden», schreiben etwa die Grünen. Eine gegenseitige Stellvertretung wäre anfälliger auf eventuelle Abgrenzungsprobleme in Bezug auf Kompetenzfragen. Auch könnte auf schwankende Fallzahlen der beiden Gerichte nicht oder nur begrenzt reagiert werden, spricht sich die Linkspartei gegen die Variante der Justizkommission aus. Die FDP bewertet diese zudem auf der Kostenseite negativ.

## Kommt es zu Abnützungen?

Die Justizkommission erhält einzig von der **SVP** Rückendeckung. Die Rechtspartei sieht in dieser Variante die Zuständigkeiten klarer geregelt, wie sie in ihrer Stellungnahme festhält. Die zwei selbstständigen Gerichte würden getrennt bleiben, womit die Unabhängigkeit der Gerichte gewahrt werde. Auch fürchtet die SVP, dass bei der Personalunion-Funktion im ständigen Gefälle zwischen Präsidium zu Vizepräsidium zu «Abnützungserscheinungen kommen könnten».

Welche Marschrichtung letztlich die Regierung dem Landrat vorschlägt, wird sich weisen. Die Vernehmlassungsfrist ist erst vor kurzem zu Ende gegangen. Daher ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen, wie der Regierungsrat die Rückmeldungen werten und in seine weiteren Überlegungen einbeziehen wird.

OLIVER MATTMANN  
oliver.mattmann@nidwaldnerzeitung.ch

## Aufsicht soll bei Obergericht bleiben

**STAATSANWALTSCHAFT** om. Der Regierungsrat will davon absehen, die Aufsicht über die Staatsanwaltschaft zu übernehmen. Eine Motion von Landrat Karl Tschopp (FDP) hatte dies ursprünglich verlangt, in der Vernehmlassung jedoch stiess die Änderung grossmehrfach auf Ablehnung, wie die Regierung in einer Mitteilung schreibt. So habe sich die bisherige Regelung mit dem Obergericht als Aufsichtsbehörde bewährt. Diese entspreche auch dem Grundsatz der Gewaltenteilung.

## Gefahr der Verpolitisierung

Ebenso sei ins Feld geführt worden, es bestehe die Gefahr, dass die Arbeit der Staatsanwaltschaft bei einem Wechsel verpolitisiert werde. Der Aufbau einer effektiven Aufsichtstätigkeit durch die Regierung würde zudem zu einer Leistungsauftragserweiterung in der Verwaltung führen. Dies sei nicht wünschenswert, so der Tenor. Sollte es beim Status quo bleiben, mache es auch keinen Sinn, den Regierungsrat als Anstellungsinstanz der Staatsanwälte zu bestimmen, heisst es weiter. Hingegen empfiehlt er, diverse kleinere, vor allem formelle Änderungen am Gerichtsgesetz anzunehmen.